



Stadt Eschweiler
Der Bürgermeister
512 Abteilung für Kinder- und Jugendförderung

Vorlagen-Nummer

285/06

1

Sitzungsvorlage

Datum: 22.10.2006

Beratungsfolge			Sitzungsdatum	TOP
1. Kenntnisgabe	Jugendhilfeausschuss	öffentlich	24.10.2006	
2.				
3.				
4.				

Schaffung von Beteiligungsformen für Eschweiler Kinder und Jugendliche

Beschlussentwurf:

Der Bericht der Verwaltung über die weitere Vorgehensweise zur Schaffung bzw. Etablierung von Beteiligungsformen für Eschweiler Kinder und Jugendliche wird zur Kenntnis genommen.

h.v.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input type="checkbox"/> gesehen <input type="checkbox"/> vorgeprüft		Unterschriften	
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung

Sachverhalt

Das in Rede stehende Thema ist bereits mehrfach im Jugendhilfeausschuss beraten worden (siehe u.a. Vorlage Nr. 284/05, Sitzung v. 15.11.05). In der Sitzung vom 07.06.2006, Vorlage Nr. 174/06, hat die Verwaltung über die Durchführung von Jugendforen und deren Ergebnisse berichtet. Ausgehend davon hat der Jugendhilfeausschuss beschlossen, sich mit der Thematik noch einmal zu befassen.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass vielerorts ein deutliches Desinteresse junger Menschen an Politik bzw. politischen Organisationen registriert worden ist (siehe Anlage), haben nicht wenige Kommunen Initiativen eingeleitet, um Mitbestimmungsformen (Jugendparlamente/-foren o.ä.) zu schaffen. Dort, wo gremienähnliche Strukturen geschaffen wurden, gelang dies meist nur durch einen intensiven, kontinuierlichen personellen Einsatz. Weil dies nicht von vielen Kommunen zu leisten war und ist, scheiterten vielfach Jugendparlamente in „klassischer“ Form. Stattdessen ließ sich feststellen, dass eine punktuelle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (z.B. in Form von Projekten) diese eher ansprach und zur Mitwirkung animierte (Nahbereich, überschaubar Zeiträume u. Prozesse, persönliche Ansprache, flexible Formen u. Methoden etc.).

Dies insgesamt hat das Jugendamt veranlasst zu versuchen, Kinder und Jugendliche insbesondere über die Aktivitäten der mobilen Jugendarbeit zu erreichen, um mittels deren Möglichkeiten (Ansprache im sozialen Nahraum, Abfrage von Bedarfen u. Bedürfnissen, Beteiligung an gemeinsamer Planung u. Ausführung) Mitbestimmung und Mitwirkung anzubieten.

Dies hat an verschiedenen Stellen zu respektablen Ergebnissen geführt (Bau von Unterständen, Schaffung von Treffpunkten, Vereinbarungen in Konfliktfällen, Planung u. Durchführung von Ferienfreizeiten, Projekte wie „Mofa Challenge“).

Die aus den zuletzt durchgeführten Jugendforen resultierenden Erkenntnisse belegen, dass unter den gegebenen (personellen) Bedingungen der bisher gewählte Ansatz am ehesten Aussicht bietet, Kinder und Jugendliche zu erreichen und für ein Engagement zu gewinnen. Von daher wird vorgeschlagen, die diesbezüglichen Möglichkeiten und erfolgreich praktizierten Formen der mobilen Jugendarbeit weiterhin zu nutzen. Dies schließt mit ein, dass immer wieder Gelegenheiten gesucht bzw. geschaffen werden, Jugendliche (z.B. in einem Stadtteil oder einem Wohnquartier) dann zu einem Runden Tisch o.ä. einzuladen, wenn sich aktuelle Fragestellungen ergeben haben (Freizeitgestaltungsprobleme, Konflikte, interessante Projekte). Gleiches gilt selbstverständlich auch dann, wenn bestimmte Planungsvorhaben umgesetzt werden sollen (z.B. Schaffung einer Spielfläche).

Anzustreben ist, die Angebote und Möglichkeiten der mobilen Jugendarbeit noch stärker in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, um auf diesem Wege noch mehr Jugendliche erreichen zu können. Sofern sich die Chance ergibt, den mobilen Jugendarbeiter personell z.B. durch Praktikanten bzw. Honorarkräfte zu ergänzen, soll dies auch genutzt werden, Kinder und Jugendliche intensiver auf Möglichkeiten der Mitbestimmung/Beteiligung anzusprechen.

Anlage

Auszug aus der Shell Jugendstudie 2006, hier: Bezug auf Politik (Hauptergebnisse)



Anlage

Shell Jugendstudie 2006

[x Fenster schließen.](#)

Hauptergebnisse

Bezug auf Politik

Differenziert man die Jugendlichen nach ihren Einstellungen zu Demokratie und Politik, so lassen sich auch diesmal wieder vier Typen abgrenzen. Knapp ein Viertel, und mit 24 % damit etwas mehr als bei der letzten Shell Studie von 2002, gehören zu den »mitwirkungsbezogenen« Jugendlichen, die in ihrer Grundhaltung im weiteren Sinne als »politisiert« bezeichnet werden können. Sie orientieren sich eng an den Normen der Demokratie und stehen für Mitbestimmung und Engagement. Das Gegenstück hierzu bilden mit 28 %, und damit ebenfalls mit einem etwas höheren Anteil als 2002, die »politik-kritischen« Jugendlichen. Sie weisen die größte Distanz zur Politik auf und charakterisieren sich selber am stärksten als »politikverdrossen«. Parteipolitik wird von ihnen weitgehend abgelehnt. Auch diese Jugendlichen orientieren sich an den Grundwerten der Demokratie und weisen trotz ihrer Unzufriedenheit eine hohe Akzeptanz gegenüber unserem gesellschaftlichen System auf. Weitere 28 %, in diesem Fall etwas weniger als 2002, gehören zu den »politisch desinteressierten« Jugendlichen. Sie reklamieren für sich so gut wie gar kein Interesse an Politik und schreiben sich die geringste politische Kompetenz zu. Überproportional häufig handelt es sich um jüngere »Kids«, die in der Regel die Haupt- oder Realschule oder aber zum Teil auch die gymnasiale Mittelstufe besuchen. Sie sind im Zuge ihres individuellen Reifungsprozesses noch vorrangig mit sich selber und weniger mit der Gesellschaft im Ganzen beschäftigt und von daher in ihrer Meinung auch noch nicht festgelegt. 19 % der Jugendlichen, und damit ebenfalls weniger als 2002, können schließlich als im weitesten Sinne »ordnungsorientiert« bezeichnet werden. Die Gruppe ist relativ inhomogen. Zwar bekennt sich auch diese Gruppe mehrheitlich zur Demokratie. Sie hat jedoch ein etwas weniger ausgeprägtes Verhältnis zu den demokratischen Freiheiten, etwa zum Recht auf Opposition und zur Meinungsfreiheit. Ihnen kommt es vermehrt darauf an, dass politische Angelegenheiten straff und ohne große Debatten geregelt werden.

Alles in allem stellt Politik für die Mehrheit der Jugendlichen heute keinen eindeutigen Bezugspunkt mehr dar, an dem man sich orientiert, persönliche Identität gewinnt oder sich auch selber darstellen kann. »Politisch sein« ist heute nicht unmittelbar »in«. Dies sollte jedoch nicht damit gleichgesetzt werden, dass die Jugendlichen keine eigenen Interessen hätten, für deren Verwirklichung sie sich dann ggf. auch einsetzen.

[Zukunftssichten](#) | [Bildung](#) | [Familie](#) | [Freizeit & Gesundheit](#) | [Gesellschaft](#) | [Politik](#)
[Engagement](#)
[Toleranz & Alltagsverhalten](#) | [Demografischer Wandel](#) | [Globalisierung](#) | [Stabile Wertorientierung](#) | [Werthaltung](#)
[Zuwanderung](#) | [Religion](#) | [Religiöse Unterschiede](#) | [Religion & Werte](#) | [Alternde Gesellschaft](#)

Copyright 2005 Shell in Deutschland